

Übersichten

November 1999

Außenpolitik

1 China an der Schwelle zum WTO-Beitritt: Ein „historischer Augenblick“

Seit 13 Jahren hat die VRCh auf den Beitritt zur Welthandelsorganisation hingearbeitet.

1986 stellte sie beim damaligen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) einen ersten Beitrittsantrag, der zunächst gute Chancen zu haben schien, dann aber durch die Tiananmen-„Ereignisse“ vom Juni 1989 auf die lange Bank geschoben wurde.

Ein neuer Antrag folgte 1994. 1995 trat die WTO (World Trade Organization) an die Stelle des GATT.

Im Oktober 1997 setzte China seine Importzölle demonstrativ herunter, hielt aber an anderen Restriktionen umso stärker fest, so zum Beispiel an Beschränkungen für bestimmte ausländische Dienstleistungen, vor allem im Bankenbereich, oder aber an der Einschränkung ausländischer Mobilfunk-Beteiligungen.

Am 14. März 1999 wies Ministerpräsident Zhu Rongji, der Hauptverfechter

für einen Beitritt Chinas zur WTO, darauf hin, daß China zu maximalen Zugeständnissen bereit sei, wenn die Beitrittsgespräche zur WTO ernsthaft fortgeführt würden.

Am 8. April unterzeichneten Zhu Rongji und US-Präsident Clinton eine Erklärung, in der Chinas Beitritt zur WTO bis Ende 1999 in Aussicht gestellt wurde. Die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad vom 7. Mai führte jedoch zur Einstellung aller Beitrittsgespräche.

Am 16. Oktober forderte Clinton den chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin zu einem Neubeginn der Beitrittsgespräche auf. Am 8. November schickte er zwei Spitzenunterhändler, nämlich die amerikanische Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky und den Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats im Weißen Haus, Gene Sperling, nach Beijing, und zwar mit dem Auftrag, dafür zu sorgen, daß China möglichst noch vor dem Beginn der Welthandelskonferenz von Seattle (30. November 1999) beitragsreif werden solle.

Die beiden Delegierten hatten den ausdrücklichen Auftrag, alle noch bestehenden Hindernisse möglichst schnell aus dem Weg zu räumen. Meinungsverschiedenheiten gab es bis dahin nicht nur über die Einräumung eines Dritte-Welt-Status zugunsten der VRCh, sondern auch hinsichtlich der Liberalisierung des chinesischen Telekommunikationsmarktes, der Finanzdienstleistungen und der Behandlung chinesischer Textilausfuhren. Hier wollten sich die USA das Recht zu einseitigen Sanktionen für den Fall vorbehalten, daß die VRCh Dumping betriebe.

Hatten früher die USA zurückhaltend reagiert, wenn die VRCh auf einen WTO-Beitritt drängte, so hatten sich die Vorzeichen mittlerweile verändert: Nun spielte China den Bremser, während die USA auf Eile drängten.

Am Montag, dem 15. November, war es dann – nach sechs Tagen und Nächten Verhandlungen – soweit, daß ein bilaterales Handelsabkommen unterzeichnet und damit die bisherigen Hindernisse für einen Beitritt Chinas zur WTO beiseite geschoben werden konnten. In dem Vertragswerk wurden den Amerikanern Zugeständnisse für

den Export von Landwirtschafts- und Industrieprodukten nach China, für die Senkung der Importzölle auf 9,4%, für die Ausschaltung von Quoten und Lizenzen, für eine verstärkte Zulassung auf dem Telekommunikations-, dem Versicherungs- und dem Bankensektor sowie weitere Zugeständnisse im Bereich der Filmausfuhr, des Tourismus und des Investitionsbereiches gemacht (Zusammenfassung des Protokolls in SCMP, 9.11.99).

Mit dem Abschluß des bilateralen Handelsvertrages ist China zwar noch nicht WTO-Mitglied – und kommt damit auch noch keineswegs in den Genuß einer permanenten Meistbegünstigung –, doch ist davon auszugehen, daß Beijing mit dem Vertrag die wichtigste Hürde genommen hat, zumal andere Hauptbeteiligte am Welthandel, nämlich die EU und Japan, den WTO-Beitritt Chinas seit langem befürworten. Bereits bei der WTO-Konferenz in Seattle, bei der über die weitere Liberalisierung des Welthandels debattiert werden soll, ist damit zu rechnen, daß die Beitrittsfrage auf die Tagesordnung kommt.

Alle Seiten bezeichneten die chinesisch-amerikanische Einigung zwar als „Schritt von historischer Tragweite“, doch könnte sich sehr bald schon Ernüchterung einstellen, da China möglicherweise nicht in der Lage ist, sämtliche Vertragsabmachungen zu erfüllen.

So liegen beispielsweise die Preise für chinesische Landwirtschaftsprodukte im Schnitt bis zu 30% über denen des Weltmarktes, so daß schon eine winzige Öffnung des Türspaltes Millionen von ländlichen Arbeitsplätzen vernichten könnte.

Ferner kann die chinesische Führung, wenn sie sich an alle Liberalisierungsabmachungen halten will, die bisher übliche Einmischung des Staates in die Wirtschaft unmöglich mehr aufrechterhalten. Ein Rückzug aus diesem Bereich aber ginge an die Substanz des KPCh-Führungsanspruches.

Ähnlich verhält es sich bei der Öffnung des Internets, die mit Gefahren „geistiger Verschmutzung“ verbunden wäre. Darüberhinaus dürfte die chinesische Regierung auch kaum in der Lage sein, dem in China überall grassierenden Raubkopieren Einhalt zu gebieten.

Desweiteren dürfte es den meisten westlichen Firmen schwerfallen, nachzuweisen, daß ihre chinesischen Konkurrenten mit Dumpingpreisen arbeiten.

Nicht zuletzt aber gibt es japanische, koreanische und europäische Präzedenzfälle, die ebenfalls nicht gerade ermutigend sind. So ist es der WTO beispielsweise kaum gelungen, Japan zu einer Öffnung seines Agrarmarktes zu bringen, und auch die Versuche, den koreanischen Automarkt zu liberalisieren, sind auf halbem Wege steckengeblieben. Ferner hat die EU, allen WTO-Regeln zuwider, jahrelang die Einfuhr von hormonbehandeltem Rind- und Hühnerfleisch aus den USA verboten.

Vorgeworfen wird den Unterhändlern Clintons auch die Tatsache, daß sie es unterlassen haben, darauf zu drängen, daß China seine Wirtschaftsgesetze und -regelungen transparenter gestaltet. Außerdem gibt es kaum Möglichkeiten für ausländische Firmen, sich gegen behördliche Interventionen und Vertragsbrüche notfalls auch mit juristischen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Alles in allem sind die am 15. November unterzeichneten Regelungen wohl nur ein allererster Schritt auf einem langen und mit Fußangeln gespickten Marsch zu einer wirklichen Liberalisierung des chinesischen Marktes. So wird es wohl noch geraume Zeit dauern, bis China sich wirklich an eine neue Ausrichtung seiner maroden Staatsbetriebe macht, bis ein wirklich umfassender Wettbewerb auf dem chinesischen Markt stattfindet und bis auch die starken konservativen Kräfte ihre Bremsversuche einstellen.

Wichtigster Vorbehalt der VR China gegen einen WTO-Beitritt war die Möglichkeit, daß es nicht als Entwicklungsland eingestuft werden könne. Immer wieder hat Beijing betont, daß es auf einer gerechten Balance zwischen Rechten und Pflichten bestehe. China wolle als Entwicklungsland eingestuft werden und könne deshalb keine Bedingungen akzeptieren, die seine wirtschaftlichen Möglichkeiten überstiegen oder die seine fundamentalen Interessen verletzen.

Am Rande der Unterzeichnung tauchte unvermeidlich die Frage auf, wann nun auch Taiwan der WTO beitreten

könne – ein Land also, das ja immerhin eine Volkswirtschaft besitzt, die bisher in geradezu vorbildlicher Weise den WTO-Regelungen Tribut gezollt hat.

Taiwan hat bisher mit 26 von 135 WTO-Mitgliedern Beitrittsüberkünfte treffen können. Theoretisch kann Beijing den Beitritt immer noch verhindern, doch widerspräche ein solches Verhalten dem Geist der amerikanisch-chinesischen Abmachungen. Außerdem könnte der Handelsvertrag immer noch im amerikanischen Kongreß scheitern, wenn Beijing sich gegenüber Taiwan quer legte. Immerhin treten nur 24% der amerikanischen Wähler für einen WTO-Beitritt Chinas ein und ordnen die Einhaltung der Menschenrechte der Liberalisierung des Handels mit der VRCh über (SCMP, 11.11.99).

(Weitere Ausführungen zur WTO im innenpolitischen und im wirtschaftspolitischen Teil.) -we-

2 Neuverhandlungen über Chinas WTO-Beitritt nun auch mit der EU

Nach dem chinesisch-amerikanischen Übereinkommen hat die EU ihre Bereitschaft erklärt, neu in Verhandlungen über den Beitritt Chinas zur WTO einzutreten. Bis zum NATO-Angriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad hatte es solche Beitrittsverhandlungen bereits gegeben. Sie waren dann aber abgebrochen worden. -we-

3 50 Jahre Außenpolitik der KPCh

In China gibt es neben der staatlichen Außenpolitik, für die das Außenministerium verantwortlich zeichnet, auch noch eine Außenpolitik der KPCh, sowie, auf einer dritten Ebene, einen breiten Fächer von „Volksdiplomatie“, wie er vor allem zur Zeit Mao Zedongs von Massenorganisationen und Freundschaftsvereinigungen immer wieder entfaltet wurde (Zu den drei Ebenen der Außenpolitik vergleiche: C.a., 1998/10, S.1124ff.).

Aufgabe der KPCh-Außenpolitik ist es, vor allem Beziehungen mit politischen Parteien aufzunehmen und zu gestalten.

Ein Beitrag von Qian Tong, Mitglied der ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen, zeigt den Wandel der KPCh-Außenpolitik seit 1949 (*Beijing Review*, 1999/40, S.8f.):

In den Anfangsjahren unterhielt die KPCh Beziehungen ausschließlich zu anderen kommunistischen Parteien. Höhepunkt war hier der VIII. Parteitag im Jahre 1956, an dem 56 ausländische KPs teilnahmen.

In den sechziger Jahren begab sich die KPCh jedoch immer mehr auf Konfrontationskurs gegenüber anderen Teilnehmern der internationalen kommunistischen Bewegung, verfeindete sich mit der KPdSU und mit sämtlichen sowjetfreundlichen KPs und geriet schließlich, während der Kulturrevolution (1966/76) vollends auf Abwege, indem sie „die Linken unterstützte, den Revisionismus bekämpfte und die Weltrevolution mit anfachen half“.

Mit dem Scheitern dieser linkslastigen Politik und mit dem Beginn des Reformkurses in der VRCh, mußte die KPCh Konsequenzen ziehen und sich auf die Suche nach einem neuen Kurs machen. Die diplomatische Arbeit orientierte sich von nun an nicht mehr an der Ideologie, sondern an den Interessen des Staates, vor allem aber am Aufbau der staatlichen Wirtschaft. Nunmehr galt es, Beziehungen auch zu nichtkommunistischen Parteien anzuknüpfen, wobei zunächst die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas ins Visier gerieten, dann aber auch mehr und mehr konservative Parteien.

Einzuhalten waren jetzt nur noch vier Prinzipien – Unabhängigkeit und Selbständigkeit, völlige Gleichberechtigung, gegenseitiger Respekt und gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Beim XV. Parteitag der KPCh im Jahre 1997 betonte Generalsekretär Jiang Zemin, daß die KPCh bereit sei, „mit den Parteien aller Länder, die mit uns in Kontakt kommen wollen, einen neuen Typ von Beziehungen des Austausches und der Zusammenarbeit aufzubauen, um auf diese Weise die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu fördern“.

Der KPCh, die ein Fünftel der Weltbevölkerung anleite und deren Führer mittlerweile die dritte Generation

bildeten, gehe in ihrer diplomatischen Arbeit von wirtschaftlichen Überlegungen aus und sei daran interessiert, ein günstiges, friedliches internationales Umfeld für bessere Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen.

Bisher hat die KPCh zu mehr als 340 Parteien aller Länder und Kontinente – und aller Schattierungen – Kontakt aufgenommen. Angestrebt wird eine „umfassende“ Außenpolitik, die an die Stelle des früheren „Agierens auf drei Ebenen“ treten soll. Inter-KP-Beziehungen spielen kaum noch eine Rolle, zumal kommunistische Parteien auf der Landkarte heutzutage mit der Lupe gesucht werden müssen. -we-

4 Beziehungen zur Mongolei

Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der ehemaligen Mongolischen Volksrepublik besuchte der mongolische Ministerpräsident Amarjargal vom 5. bis 8. November die VR China.

Als meerabgeschlossenes Land ist die Mongolei dringend auf gute Verbindungen zum nächstgelegenen Hafen hin angewiesen, der in diesem Fall Tianjin ist – rund 120 Kilometer östlich von Beijing.

Lange Zeit hatte die Mongolei, die von lediglich zwei Staaten, nämlich der VRCh und Rußland, umgeben ist, die Spannungen zwischen der damaligen UdSSR und der VRCh aushalten müssen, wobei sie immer stärker unter sowjetische Vorherrschaft geraten war. Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 hat den Mongolen wieder mehr Spielraum verschafft – mit der Folge, daß sie auch der VR China gegenüber freier auftreten können und daß sie überdies nicht mehr ganz auf die fernrussischen Bahnverbindungen angewiesen sind.

Inzwischen nimmt das chinesische Übergewicht in der Mongolei schnell zu. Statistiken zeigen, daß China der größte Investor in der Mongolei und der zweitwichtigste Handelspartner dieses Staates ist. Bisher hat China die Summe von 64 Millionen US\$ in 430 Joint ventures in die Mongolei eingebracht, hauptsächlich im Landwirtschafts-, Viehzucht-, Bergbau-, Bau- und Gebrauchsartikel-

bereich. Der chinesisch-mongolische Handel beläuft sich auf 20% des gesamten mongolischen Außenhandels (XNA, 6.11.99).

Die gewachsene Bedeutung Chinas für die Mongolei wurde durch einen bilateralen Vertrag zur freundschaftlichen Zusammenarbeit von 1994 und durch ein gemeinsames Kommuniqué von 1998 bekräftigt (XNA, 8.11.99).

Sorgfältig achtet China darauf, daß es zwischen beiden Seiten regelmäßig zu Gesprächen kommt und daß mongolisches Mißtrauen möglichst schon im Vorfeld abgebaut wird. Aus diesem Grunde geben sich Politiker beider Seiten auch gegenseitig die Klinke in die Hand. 1998 hat zum Beispiel der mongolische Präsident Bagabandy die VR China besucht – eine Visite, die von Jiang Zemin im Juli 1999 erwidert wurde, der nun im November der Gegenbesuch des mongolischen Ministerpräsidenten folgte (XNA, 9.11.99).

Die Mongolei möchte in Zukunft verstärkt von der Zusammenarbeit mit der VRCh profitieren, nachdem der jahrzehntelang wichtigste Wirtschaftspartner, Rußland, mittlerweile weit zurückgefallen ist. -we-

5 „Tschetschenien“ ist eine innere Angelegenheit Rußlands

Seit nunmehr zwei Monaten tobt im kaukasischen Tschetschenien der Krieg zwischen russischen Truppen und – wie es sowohl in Moskau als auch in Beijing einvernehmlich heißt – den „tschetschenischen Terroristen“.

Immer wieder betont die VR China (vor allem auf den Pressekonferenzen des Außenministeriums), daß die Tschetschenien-Frage eine innere Angelegenheit Rußlands sei. Die chinesische Seite habe der russischen Regierung ihr Verständnis und ihre Sympathie ausgedrückt und unterstütze sie in dem Vorhaben, die staatliche Einheit, die soziale Stabilität und die territoriale Integrität wiederzugewinnen. China wirtschaftet hier diplomatisch auf Vorrat. Immerhin sind Wiederholungen des Tschetschenien-Szenarios auf chinesischem Gebiet keineswegs auszuschließen! -we-

6 Osttimor: China will sich aktiv einschalten

Nachdem der frühere indonesische Präsident B.J. Habibie Anfang September erklärt hatte, daß Indonesien der Entsendung von UNO-Friedenstruppen nach Osttimor zustimme und daß die Verantwortung für die Sicherheit in der früheren portugiesischen Kolonie sowohl von indonesischen als auch von UNO-Friedenstruppen gewährleistet werden solle, hat sich auch die VRCh bereit erklärt, im Rahmen der UNO für eine schnellstmögliche Wiederherstellung der Stabilität in Osttimor einzutreten. China wolle, wenn die UNO es wünsche, Zivilpolizisten zur Teilnahme an der UNO-Sondermission nach Osttimor entsenden. Dies hat der Sprecher des Außenministeriums bei mehreren Pressekonferenzen betont. -we-

Innenpolitik

7 Fortgesetztes staatliches Vorgehen gegen Falungong

Während des gesamten Monats November setzten sich die staatlichen Maßnahmen gegen Mitglieder der im Juli d.J. verbotenen Falungong-Bewegung fort, für deren strafrechtliche Verfolgung der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses Ende Oktober ein eigenes „Anti-Kult“-Gesetz verabschiedet hatte (C.a., 1999/10, Ü 6).

(Korrigendum: Ausgehend von einer Hongkonger Meldung war im letzten Heft berichtet worden, daß sich die chinesische Führung trotz Bedenken hinsichtlich internationaler Kritik an „religiöser Verfolgung“ für eine Kategorisierung der Falungong-Bewegung als „Religion“ entschieden hätte. In der offiziellen chinesischen Medienberichterstattung ist inzwischen jedoch klar gestellt worden, daß Falungong eben nicht als Religion (*zongjiao*), sondern als auf einer häretischen Lehre basierende Kult-Organisation einzustufen sei. Die in zahlreichen Hongkonger Quellen gewählte Übersetzung von *xiejiao* als „evil religion“ entspricht da-